

WEHE DEN BESIEGTEN!
PERSONALPOLITIK
IN DER
WENDE
AM BEISPIEL DER
FU-ZENTRAL-
VERWALTUNG
FU WE W ESEL
PROF. DR.

VORTRAG, GEHALTEN

AM DO. 6.2.'86

IM

HENRY-FORD-BAU DER FU

Mit dieser Broschüre veröffentlichen wir den vom Autor leicht überarbeiteten Text eines Vortrages, den Uwe Wesel auf einer Veranstaltung der Herausgeber dieses Heftes am 6. Februar 1986 im Hörsaal B des Henry-Ford-Baus der Freien Universität gehalten hat.

UWE WESEL ist Professor für Römisches Recht, Bürgerliches Recht und Zivilprozeßrecht am Institut für Grundlagen und Grenzgebiete des Rechts im Fachbereich Rechtswissenschaft der Freien Universität Berlin.

Herausgeber:

SPD Betriebsgruppe FU (Dahlem)
c/o Dr. Justus Stache, Rüdeshheimer Str. 25a
1000 Berlin 33, Tel. 821 07 90

ÖTV Betriebsgruppe der FU-Berlin (Bereich Dahlem)
c/o Johannes Nyc, Tel. 838-5241

Beamtenliste (PersRat-Dahlem)

Uwe Wesel

W E H E D E N B E S I E G T E N

Personalpolitik in der Wende am
Beispiel der FU-Zentralverwaltung

Text eines Vortrages, der am 6. Februar
1986 im Hörsaal B des Henry-Ford-Baus
gehalten wurde.

Ich will zunächst kurz etwas sagen, warum ich hier stehe und darüber rede: Ich habe mal im August ein Interview der "taz" gegeben über die Hochschulpolitik im allgemeinen jetzt und über die linke Hochschulpolitik im besonderen, und ich habe da die Meinung vertreten, daß angesichts der heutigen Zusammensetzung der Gremien es für die Studenten gar keinen Sinn mehr macht, sich dort zu beteiligen. Ich habe also gesagt: Das einzig Vernünftige für linke Studentengruppen ist im Moment der Rückzug aus diesen Gremien, also: Nichtbeteiligung an der Wahl, weder aktiv noch passiv. Und das einzig Vernünftige, was noch zu tun bleibt, sollte man dort tun, wo Studenten hingehören, wenn sie in den Gremien nicht angemessen vertreten sind, nämlich in den Asta gehen und Asta-Politik machen. Dann habe ich noch gesagt: Wir anderen müssen eben sehen, wo wir bleiben. Macht euren Dreck alleene.

Danach bekam ich einen Anruf aus der Verwaltung. Na ja, du hast gut reden als Hochschullehrer, du kannst Dich ja tatsächlich zurückziehen. Wir in der Verwaltung hängen am Tropf. Was sollen wir denn tun? Da bin ich in der Tat etwas betroffen gewesen und habe gesagt, wir müßten uns mal zusammensetzen. Das einzige, was mir erst einmal eingefallen ist - ich werde am Schluß noch darüber reden, was man sonst tun kann - daß ich erst mal sagte, gut, ich habe ja die Möglichkeit, darüber ganz offen zu reden und viel offener als die unmittelbar betroffenen Mitarbeiter, die da unter Beamten- und Angestellten-Pflichten stehen, ich sage erst mal, was ist. Das will ich jetzt tun. Mit einer Einleitung über die Vorgeschichte des Ganzen. Die mache ich ganz kurz:

Diese Universität ist 1948 gegründet. 21 Jahre später haben wir die Hochschulreform versucht. Die Hochschulreform, die im Grunde aus drei wesentlichen Prinzipien bestand, nämlich einmal in der Einführung des Präsidialsystems, was Einheitsverwaltung bedeutet im Gegensatz zur früheren Trennung in akademische und Wirtschaftsverwaltung. Das war das eine. Dann das Fachbereichssystem, d.h. Ablösung der alten Fakultäten, meistens mit Teilung in kleinere Einheiten, und mit dem Repräsentativsystem, d.h. mit gewählten Vertretern und nicht mehr wie in den alten Fakultäten der automatischen Zugehörigkeit jedes Hochschullehrers, jedes Ordinarius' zu diesem Gremium Fakultät. Das dritte Prinzip war die Demokratisierung. Die Demokratisierung dieser Gremien mit dem Berliner Schlüssel: 7 : 4 : 3 : 1, also: 7 Hochschullehrer, 4 Wissenschaftliche Mitarbeiter, 3 Studenten und eine Dienstkraft. Es war das sozialdemokratische Prinzip, daß keine Gruppe die andere überstimmen darf. 7 : 4 : 3 : 1 macht 7 : 8, die Hochschullehrer waren mit einer Stimme in der Minderheit, und die anderen Gruppen hatten sowieso nicht so viele Stimmen, daß sie die übrigen überstimmen konnten. Das war unser Anfang. 1969 ist Rolf Kreibich gewählt worden. Ich war für vier Jahre sein Vertreter. Diese Hochschulreform ist im Mai 1973 gescheitert mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts, in dem gesagt wurde, dieser Berliner Schlüssel - das wurde nicht zu Berlin gesagt, sondern zum niedersächsischen Vorschalt-Gesetz -, es wurde gesagt, dieser Schlüssel ist verfassungswidrig, weil hier die Gruppe der Hochschullehrer, denen die Sache der Wissenschaft in besonderer Weise anvertraut sei, überstimmt werden könnte und damit Wissenschaft nicht mehr selbstbestimmt, sondern fremdbestimmt ist. Ein groteskes Fehlurteil, aber so war

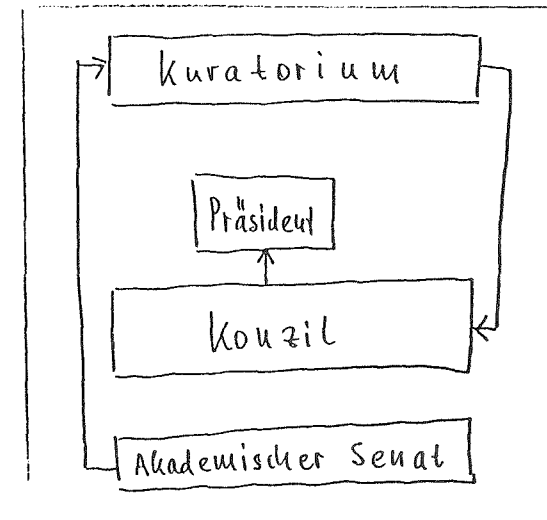
das nun mal. Ich bin dann ja auch zurückgetreten, im gleichen Jahr.

Dann ging es noch ein bißchen weiter mit der Reform, und Kreibich war noch einige Jahre Präsident, 1976 ist Herr Lämmert gewählt worden, und dann beginnt eigentlich schon das langsame Abdriften. 1978 ist Herr Heckelmann zum ersten Vizepräsidenten gewählt worden. Dann kam 1981 die geistig-moralische Wende mit einer CDU-FDP-Koalition. Und wir haben ja erst 'mal gedacht, ach, das wird alles nicht so schlimm. Herr Kewenig ist ein liberaler Mensch, was soll's.

Nun habe ich mich zum erstenmal intensiver mit dieser ganzen Geschichte beschäftigt, nicht nur mit diesen Geschäftsverteilungsplänen, die ich Ihnen verteilt habe, weil ich die nicht anmalen kann, und habe genau nachgerechnet, wann was passiert ist. Und siehe da, es ergibt sich ein - sagen wir mal - Gesamtkunstwerk dieser Hochschulpolitik, in fünf Jahren. 1982 mit einer gesetzlichen Vorbereitung, 1983, 1984, 1985 mit je einem entscheidenden Schlag und 1986 mit einer gesetzlichen Abrundung.

Die gesetzliche Vorbereitung 1982 beginnt mit der Novellierung des Universitätsgesetzes. Eigentlich ganz vernünftig. 1981 treten sie ihr Amt an, überlegen sich, was man machen kann. 1982 sind sie soweit. Sie wissen nämlich, daß 1983 Wahlen sind, hier an der Universität. Da lief die Amtszeit von Herrn Lämmert aus. Was machen sie? Sie verändern das Wahlverfahren. Das muß ich nun doch noch kurz anmalen, weil das auch noch nicht alle wissen, mit dieser lustigen Veränderung des Wahlverfahrens. An sich ist ja das Konzil zuständig für die Wahl des Präsidenten, und das tastet man auch nicht an. Man macht sogar - demokratisch wie man ist -

eine Viertelparität daraus, und die bestehende linke Mehrheit im Konzil wird nicht erheblich verändert. Und nun gibt es noch andere Gremien, und die werden vom Gesetzgeber zusätzlich eingeschaltet, nämlich einmal der Akademische Senat, den verändert man um vier Fachgruppen-sprecher und macht die rechte Mehrheit möglichst sicher. Und dann gibt es noch das Kuratorium - das müßte ich da ganz oben hinstellen, das ist ja praktisch der Staat.



So, und jetzt läuft das folgendermaßen: Das Konzil wählt, aber auf Vorschlag des Akademischen Senats, der eine Dreierliste beschließt. Wie die aussieht bei der Mehrheit, ist ziemlich klar. Zur Sicherheit muß das noch vom Kuratorium bestätigt werden, weil man doch nicht weiß, was denen da im Senat einfällt. Und dann geht dieser Vorschlag ins Konzil, und die dürfen dann aus diesen Drei wählen. Pest oder Cholera oder - weiß ich nicht - oder Aids. Sie haben Herrn Heckelmann gewählt, dem ich dieses Wahlverfahren nun wirklich nicht gönne. Das ist das eine. Sie haben das Wahlverfahren in dieser Weise - ich sage mal: manipuliert.

Gleichzeitig gab es noch ein anderes Problem: Es war nämlich 1982, als sie dieses Gesetz erließen, schon gewählt worden, ein Vizepräsident. Das war abgekoppelt von der Wahl des Präsidenten. Da war mit der linken Mehrheit des Konzils Herr Gerlach gewählt. Das ist eine sehr unangenehme Angelegenheit gewesen, die konnte man aber leicht durch zweierlei bereinigen: Einmal, indem man die Wahl anfecht und dem Senat damit die Möglichkeit gibt zu sagen, wir können leider noch nicht bestätigen, denn da läuft ja noch ein Anfechtungsverfahren. Das zog sich dann über eineinhalb Jahre hin. Nach eineinhalb Jahren wurde Herr Gerlach dann auch ernannt, dann aber leider nur - er war an sich für vier Jahre gewählt -, aber leider konnte er dann nur ein halbes Jahr amtieren, denn man hatte die Amtszeit des Vizepräsidenten in der Novellierung 1982 gleich sehr weitsichtig an die Amtszeit des jeweils amtierenden Präsidenten gekoppelt. Also, mit dem Ausscheiden von Herrn Lämmert mußte Herr Gerlach auch ausscheiden. Das war die zweite Änderung in dieser gesetzlichen Vorbereitung. Und die dritte: der Kanzler, Borrmann. Der ist auf Lebenszeit ernannt, leider Gottes. Ein sehr fähiger Kanzler - ich werde nachher noch einiges dazu sagen. Aber er war nicht ganz angenehm. Er ist so ein bißchen störrisch. Und das wollte man nicht. Dann hat man gesagt, die Verwaltung des Kanzlers wird geteilt, wir führen einen zusätzlichen Medizin-Kanzler ein, § 74a Abs.4 des Hochschulgesetzes. Das war also die gesetzliche Vorbereitung, 1982.

1983 kommt jetzt der erste Schlag, nämlich die Wahl von Herrn Heckelmann und die Umsetzung von Herrn Borrmann zur Medizin. Es kommt dann ein leichter Rückschlag: Herr Borrmann gewinnt vor den Verwaltungsgerichten und erreicht, daß er im eigentlichen Universitätsbereich bleiben kann und ein

neuer Kanzler für den Bereich Medizin eingestellt werden muß. Das war also der erste Schlag mit einem leichten Rückschlag. Aber immerhin mit dem Erfolg, daß Herr Heckelmann gewählt und Herr Gerlach ausgeschieden ist.

1984 der zweite Schlag. Das deute ich jetzt erstmal nur so kurz an. Das sind die Umsetzungen in der Senatsverwaltung, wo etwa das gleiche passiert ist, was dann hier 1985 - dritter Schlag - in der FU-Verwaltung passiert.

Ja, und der gesetzliche Abschluß dieses Gesamtkunstwerks besteht dann darin, daß nun, 1986, die Mehrheiten endgültig zugunsten der Professoren verändert werden sollen. Sie wissen, das ist diese doppelte Mehrheit. Ich bleibe mal beim Fachbereich: Nach dem alten Berliner Modell war es 7 : 4 : 3 : 1, inzwischen sind wir bei 6 : 2 : 2 : 1, nämlich genau umgekehrt. Die Professoren haben eine Stimme mehr als die anderen zusammen. Man will das einmal in 7 verändern, also in 7 : 2 : 2 : 1. Das ist die eine Mehrheit der Professoren. Und die doppelte Mehrheit soll darin bestehen, daß, wenn ein Beschluß des Fachbereichsrats gegen die Mehrheit der Professoren - d.h., wenn vier Professoren dagegen sind - zustandekommt, dann muß noch einmal abgestimmt werden. Und wenn dann noch einmal abgestimmt worden ist und die sich immer noch nicht haben belehren lassen durch die höhere Weisheit der Wissenschaft, dann zählen nur die vier Stimmen und die entscheiden. Wenn man dann vier Stimmen hat, also, mit dieser doppelten Mehrheit, ist das Ergebnis gesichert. Mit anderen Worten: Die anderen sind völlig überflüssig. Dann kann man gleich ein Gremium von sieben Professoren nehmen und die abstimmen lassen, wenn die vier ohnehin bestimmen können. Man will also verhindern, daß liberale, linke oder was auch immer Restbestände hier bei den Hochschullehrern mit anderen den harten

Kern überstimmen. Das ist das eine.

Das andere ist die Abschaffung des Asta. Das dritte die Putativnotwehr des Staates, also, der Staatseingriff bei angeblich drohender Gefahr, der vorbeugende Staatseingriff. Das ist geradezu grotesk. Das sind Erinnerungen von Herrn Kempa an 1970 und 1972, das sind seine - Herr Kempa ist jetzt Leiter der Hochschulabteilung - , das sind Erinnerungen an das Verbot der drei germanistischen Seminare, bei dem wir einen Verwaltungsprozeß gewonnen haben, weil eben ein vorgreiflicher Staatseingriff in dieser Weise nicht zulässig war, und das war die Einstellung von Herrn Lefèvre, die dann vollendete Tatsachen schuf und eine staatliche Bereinigung nicht mehr möglich machte.

Wenn man das jetzt alles zusammennimmt, da habe ich heute im "Tagesspiegel" die lustige Meldung gelesen, die SPD würde vor einem Rückfall hinter die Hochschulreform von 1969 warnen. Das ist leicht übertrieben. Mit 69 hat das lange nichts mehr zu tun. Es kann sein, daß Herr Kremendahl gesagt hat, 1949. Wenn Herr Kremendahl das gesagt hat, dann ist das auch noch eine Untertreibung, denn 1949 - das alte Berliner Modell - da war es immerhin so, daß in der Fakultät ein Student und ein Assistent voll stimmberechtigt waren, also diese Ausgrenzung nicht möglich war. Als ich hier nach Berlin kam, 1969, war das genau diese Situation in der juristischen Fakultät. Mit einer Minderheit hätten die beiden - also: Assistent und Student - die Mehrheit der Professoren überstimmen können. Aber selbst dahinter geht es ja noch zurück. Denn es gab ja auch noch den Asta. Der soll ja jetzt auch wieder abgeschafft werden. Der Asta ist 1920 eingeführt worden. Also, jetzt kommen wir schon fast in die Kaiserzeit, so daß diese Meldung im "Tagesspiegel"

mich an die berühmte Geschichte von dem Geisterfahrer erinnert, der auf der Autobahn die Meldung hört: "Achtung, Vorsicht! Auf der Strecke zwischen Oberhausen und Mühlheim kommt Ihnen ein Geisterfahrer entgegen!" Was?, sagt der, Einer? Hunderte kommen einem hier entgegen!"

Also, wir landen in der Kaiserzeit. Was man hieran bewundern muß, ist eine gewisse Zielstrebigkeit. Was zu beseitigen war von der Reform, das haben sie tatsächlich beseitigt oder werden sie jetzt beseitigen. Allerdings muß man sagen: ohne Konzept. Sie haben kein Konzept. Und man muß der Billigkeit halber sagen: Auch wir haben heute kein Konzept. Niemand hat heute ein Konzept dafür, wie die Universität eigentlich aussehen soll. Ein klares Konzept war die alte Ordinarien-Universität, Humboldt, das war die Einheit von Lehre und Forschung, das war die Einsamkeit des Hochschullehrers im Innern und seine Freiheit nach außen. Auch wir hatten eine Konzeption. Wir hatten die Konzeption "Einheitsverwaltung" - und das heißt Planung von Wissenschaft - und Fachbereichssystem und Demokratisierung. Heute können wir nicht sagen, wir machen auf diesem Weg weiter. Das ist nun mal erst gescheitert. Dahin zurück, das kann kein Mensch. Aber die anderen haben auch kein Konzept, allenfalls ein negatives, nämlich die Beseitigung der Reform. Ohne daß sie zu Humboldt zurück können. Die Ordinarien-Universität kann kein Mensch wiederherstellen, wir können nicht die Fakultäten wiederherstellen. Sie nennen das zwar "Dekan" jetzt, und der Präsident soll dann wieder "Rektor" heißen. Er ist aber kein Rektor, denn der Rektor ist die Spitze der akademischen Verwaltung. Der künftige Rektor bleibt an der Spitze einer Einheitsverwaltung. Da kann man ihn noch so oft "Rektor" nennen, er ist keiner, mit dem alten Rektor überhaupt nicht zu ver-

gleichen. Sie nennen die Fachbereichssprecher wohl demnächst, oder heute schon wieder "Dekane". Was auch Quatsch ist. Denn das ist kein Kollegialorgan, sondern das sind gewählte Vertreter, selbst wenn es nur Professoren sind. Dann ist er eben kein Dekan, sondern Sprecher einer gewählten Gruppe. Es gibt auch keine Fakultäten mehr, und auch das wird man auch nie wieder herstellen können. Insofern ist das alles gar nicht wieder rückgängig zu machen.

Was das nun aber eigentlich alles ergibt? Ja, es ist praktisch eine Reform-Universität ohne Reform. Und was daraus werden soll, wie das funktionieren soll, das ist, glaube ich, weder denen noch uns klar. Darüber können wir aber heute auch nicht reden.

Nun komme ich zu den Einzelheiten, nämlich zu dem, was ich den zweiten und dritten Schlag nenne: Die Umsetzungen und Versetzungen sowohl in der Senatsverwaltung als auch hier in der Zentralen Universitätsverwaltung.

Ich muß da noch eine Vorbemerkung machen. Eine Prämisse. Beamtenrechtlich, dienstrechtlich sind Versetzungen und Umsetzungen natürlich jederzeit möglich, aber nur aus sachlichen Gründen, und unzulässig aus politischen Gründen. Das ist eine lustige Unterscheidung, zwischen sachlich und politisch, über die kann man sich sehr streiten. Sie hat sogar autoritären Charakter, wie zwei bekannte Sozialwissenschaftler einmal bewiesen haben. Darauf will ich jetzt nicht weiter eingehen. Juristisch gesehen bleibt sie aber wichtig. Aus politischen Gründen darf man niemanden umsetzen oder versetzen, sondern nur aus sachlichen Gründen. Daß das so ist, ergibt sich einfach aus dem Gesetz. Höchste

Beamte, nämlich die sog. politischen, können ohne Angabe von Gründen, nämlich aus politischen, versetzt, abgelöst werden, nämlich die Senatsdirektoren, die jetzt Staatssekretäre heißen. Alles andere ist unzulässig. Soweit die Prämisse.

Jetzt komme ich zu den Geschäftsverteilungsplänen und muß das nun im einzelnen besprechen. Ich will anfangen mit 1984, mit der Senatsverwaltung für Wissenschaft und Forschung. In meinen Übersichten, die ich ihnen verteilt habe, habe ich das jeweils aufgebaut nach 'vorher' und 'nachher', und das heißt hier vor Oktober 1984 und nach Oktober 1984. Die Senatsverwaltung für Wissenschaft und Forschung besteht aus drei Abteilungen. Da ist zuerst die Abteilung "Allgemeines", die unterteilt sich wieder in zwei Unterabteilungen, nämlich a) Personal und Recht und b) Haushalt. Dann gibt es eine Hochschulabteilung. Sie ist das Herz einer jeden Wissenschaftsverwaltung. Sie hat auch wieder zwei Unterabteilungen, nämlich a) Hochschulen, und das heißt in diesem Fall: Freie Universität, Technische Universität und Hochschule der Künste, mit drei Referaten, nämlich einen Referenten für die FU, einen für die TU und einen für die HdK. Dann gibt es b) die Abteilung "Andere", das sind die Fachhochschulen und eine kirchliche Hochschule, die ich in der Zeichnung weggelassen habe. Dann kommt die dritte Abteilung: "Forschung". Die erste Abteilung war besetzt mit Herrn Kempa als Abteilungsleiter und dann die Unterabteilung a "Personal und Recht" mit Herrn Kleber, b "Haushalt" mit Herrn Eckey. Hochschul-Abteilungsleiter war - sehr lange schon - Herr Hildebrandt. Die Unterabteilung FU, TU, HdK, da war der Leiter Herr Haensch. Für die Fachhochschulen war Herr Busse zuständig, für die Forschungsabteilung Herr Schallock.

Nun kommt die Umsetzung, nachher. Das Ganze zielt auf Herrn Hildebrandt. So wie die Teilung der Universitätsverwaltung auf Herrn Borrmann zielte, zielt das Ganze hier auf Herrn Hildebrandt. Herr Hildebrandt ist Sozialdemokrat, war einmal auch Kanzler der FU - als wir hier anfangen - und ist dann nach zwei oder drei Jahren hinübergewechselt als Leiter der Hochschulabteilung. Ein hochqualifizierter Beamter, der mit ganzem Herzen und heißem Herzen an der Wissenschaft, an der Sache der Wissenschaft hängt. Der auch loyal ist und dem Herr Kewenig gesagt hat, als er sein Amt antrat: "Es gibt keine Umsetzungen, wenn alles loyal bleibt". Trotzdem gab es Umsetzungen und zwar einfach deswegen, weil Herr Hildebrandt aus sachlichen Gründen ab und zu mal widersprochen hat. Im übrigen wurde da auch noch unter Wasser geschossen, weil jemand anders, Herr Kempa, Leiter der Hochschulabteilung werden wollte. Daß die Hochschulabteilung das Herz dieser Behörde ist, sehen Sie auch daran, daß die Besoldung unterschiedlich ist, genauer gesagt: war. Die Abteilungsleiter-Stelle II ist eine sog. B 3-Stelle. Sie sollte sogar auf B 5 angehoben werden. Und die Abteilungsleiterstellen I und III sind B 2-Stellen. Für Nichteingeweihte: B 3 ist die höhere Besoldung. Nun kann man natürlich einen B 3-Mann nicht auf eine B 2-Stelle setzen. Also macht man folgendes: Ein Jahr vorher wird Herr Kempa auf B 3 angehoben, weil die Bedeutung dieser Abteilung nun doch so groß sei. Da wußte man schon, was droht. Jetzt konnte Herr Hildebrandt nämlich umgesetzt werden. Ein Jahr später hat man es gemacht. Er wird zum Leiter der Abteilung I ernannt und Herr Kempa zum Leiter der Abteilung II. Die Begründung ist lustig: Rotation. Der Senator sagt: "Jeder soll mal überall was machen. Soll jeder mal überall rumgucken. Es ist doch nicht gut, wenn die

SENATSVERWALTUNG WISSENSCHAFT UND FORSCHUNG

NORHEER		NACHHER	
I Kollegiales: <u>Kempa</u>	A Personal + Redd: <u>Kleber</u>	I Allgemeines: <u>Hildebrandt</u>	A Personal + Redd: <u>Busse</u>
	b Verwaltung: <u>Eckey</u>	II Hochschulbereich Hochschulbereich...	b Verwaltung: <u>Eckey</u>
II Hochschulen: <u>Hildebrandt</u>	a FU, TU, HdK: <u>Haensch</u>	II Hochschulen: <u>Kempa</u>	a FU, TU, HdK: <u>Kleber</u>
	b Fachhochschulen: <u>Busse</u>		b Fachhochschulen: <u>Haensch</u>
III Forschung: <u>Schallock</u>		III Forschung: <u>Martin</u> (Kornwissenssch.)	
			→ Verord. Botanische Garten

Leute immer das gleiche machen in der Verwaltung. Ihr müßt auch mal 'was anderes machen'. Das war die Rotation. Anderswo ist das ja bekanntlich verfassungswidrig. Und dann gibt es da noch einen, da weiß man nicht so recht, da kann man jetzt noch nicht einmal rotieren. Das geht schlecht. Mit anderen Worten: Herr Schallock ist übrig. Der ist auch unangenehm. Auch der widerspricht manchmal. Ja, der wird nun Verwaltungsleiter am Botanischen Garten. Was unbeschreiblich ist. Da gibt es im übrigen schon einen Verwaltungsleiter. Das ist ein Mann mit einer A 13-Stelle, völlig ausreichend. Der kriegt nun noch einen B 2 obendrüber, und der arme B 2-Mann hat da jetzt am Tag ungefähr eineinhalb Stunden zu arbeiten. Er heißt, glaube ich, nicht Verwaltungsleiter, sondern administrativer Direktor. Und dann muß auch noch hier bei den Unterabteilungsleitern einiges geändert werden: Herr Kleber geht mit Herrn Kempa runter in die Hochschulabteilung. Herr Eckey bleibt. Das hat Gründe, auf die ich jetzt nicht weiter eingehe. Herr Eckey ist nämlich auch B 2, Herr Kleber ist B 2. Zwei B 2 in der Hochschulabteilung, das ging nicht, und deswegen mußte er oben bleiben. Also muß Herr Busse in die Abteilung Personal und Recht. Das ist in unserem Zusammenhang nicht uninteressant. Herr Busse hat sich nämlich dagegen gewehrt und hat gesagt: "Ich kann doch nicht in die Abteilung Personal und Recht, das ist unmöglich. Ich bin Anglist!" Haben sie gesagt: "Nein, nein. Du bist B 2, Du machst jetzt Personal und Recht." Ich komme noch auf einen ähnlichen Fall hier in der Universität zurück. Und Herr Haensch, der auch nicht so angenehm ist, geht also etwas runter, in die Unterabteilung b, und Herr Kleber geht nach a. Für die Abteilung III - Forschung - wird ein Mitarbeiter aus der Abteilung III kommissarisch mit der Leitung betraut: Herr Martin. Der

wird jetzt wahrscheinlich zum Abteilungsleiter ernannt. Das ist erst einmal das Ergebnis. Nein, man muß noch eines ergänzen: Die Abteilung I gibt gleichzeitig ab - das ist diese gestrichelte Linie, die ich Ihnen da noch reingemalt habe - die ganze Personalwirtschaft Hochschulen. Das war der entscheidende Bereich der Abteilung I, den nimmt Herr Kempa mit, so daß also die Abteilung I in ihrer Bedeutung auch noch total entwertet ist. Sie war ohnehin nicht vergleichbar mit der Abteilung II. Und Herr Hildebrandt hat sich als Leiter der Hochschulabteilung dort beworben und ist als solcher eingestellt worden. Diese Umsetzung ist eine böse Ungerechtigkeit.

Und jetzt komme ich zu einer Art Bilanz. Es gibt in dieser Ebene erst'mal - und über die anderen will ich gar nicht sprechen, auch dort ist das Klima in der gesamten Verwaltung total verändert worden - drei Ungerechtigkeiten. So nenne ich das mal, vorsichtshalber. Das erste ist die Umsetzung von Herrn Hildebrandt. Die Hochschulabteilung ist von ihrer Bedeutung her das Zentrum eines Ministeriums für Wissenschaft. Man kann das schwer quantifizieren. Niemand bewirbt sich auf eine Stelle in der Abteilung I, wenn er eine solche Qualifikation hat wie Herr Hildebrandt. Und hier kommt noch hinzu, daß er nicht nur auf eine Abteilung gesetzt wird, die ohnehin in ihrer Bedeutung weit unter der Abteilung II liegt, sondern es wird ihm auch noch der wichtigste Teil dort herausgeschossen. Zweite Ungerechtigkeit, Unrichtigkeit, ist die Umsetzung von Herrn Busse. Er kommt vom Schulwesen. Er war Lehrer, war Schulrat, soviel ich weiß, und ist als solcher fachlich qualifiziert für Fachschulen, hat mit Personal und Recht überhaupt nichts zu tun. Dritte Ungerechtigkeit ist diese groteske Freisetzung von Herrn Schallock. Das sind nur die schlimmsten Fälle an der Spitze.

Der Personalrat, der dort in der Bredtschneider Straße nun wahrhaftig nicht sehr kämpferisch gewesen ist, der ist geschlossen zurückgetreten. Und ich glaube, man kann auch sagen, daß unter den vorhergehenden Senatoren eine solche skandalöse Umsetzung nicht denkbar gewesen wäre. Also jedenfalls nie unter Stein, keinesfalls unter Gaus. Ich glaube, auch nicht unter Herrn Glotz, halte das für unmöglich. Herrn Löffler würde ich da vorsichtshalber mal ausnehmen. Dem würde ich das zutrauen.

Es sind nicht nur Ungerechtigkeiten, sondern das ist ein Hantieren mit menschlichen Schicksalen. Geschäftsverteilungspläne, die so außerordentlich abstrakt und, wenn sie richtig gezeichnet sind, auch noch ganz anders aussehen und noch schwerer lesbar sind - Geschäftsverteilungspläne bedeuten die Existenz von Menschen, ihre Arbeit, das, was sie tun. Man kann mit Geschäftsverteilungsplänen genau wie mit einer Wohnung, wie mit einer Axt einen Menschen erschlagen, denn das Arbeiten ist für viele noch sehr viel wichtiger als das Wohnen. Kewenig hatte am Anfang ja ausdrücklich gesagt: "Es gibt keine Umorganisationen." Hier ist allein entschieden worden nach 'genehm' und 'unangenehm' für die Leitung des Hauses, nicht, das muß man auch ausdrücklich sagen, nicht nach SPD oder CDU. Herr Kempa, der da hochgerückt ist, ist Mitglied der SPD. Das Prinzip ist, daß jeder Widerspruch in dieser hierarchischen Ordnung unerwünscht ist. Mit Qualifikation hat das ganze überhaupt nichts zu tun. Denn Herr Kempa ist jemand, der überhaupt kein Konzept hat. Herr Hildebrandt hat klare Vorstellungen von Hochschulpolitik. Er hat immer noch sehr viel Phantasie, mehr sogar als ich in diesen Dingen, mir fällt da nicht mehr viel ein. Von Herrn Kempa kann ich mit

Sicherheit sagen, er ist rein destruktiv, nicht konstruktiv. Er ist nur jemand, der zurücknehmen kann, nicht etwas aufbauen. Wir hatten ihn ja als FU-Referenten, in der Abteilung II war er der Referent für die FU, als ich hier im Amt gewesen bin. Wir haben ihn erlebt. Das Verbot der drei Seminare war sein Werk. Und alles andere, was hier an negativen Eingriffen in der Universität vorgenommen worden ist, das war Kempas Werk. Das kann er.

Nun komme ich zum dritten Schlag, 1985. Die Teilung der Zentralen Universitätsverwaltung. Das beginnt mit - man wußte ja, was kommt, es war ja 1982 in § 74a des Hochschulgesetzes beschlossen - es beginnt eigentlich schon im Januar 1984 mit einer Petition, die ich sehr erstaunlich finde, von über 800 Mitarbeitern der Universitätsverwaltung, also, die allermeisten der 750 Mitarbeiter in der Zentralen Universitätsverwaltung haben diese Petition unterschrieben und einige aus den Fachbereichen. Man kann also schon sagen, es waren 80 bis 90% Unterschriften aus der ZUV, die innerhalb einer Woche hier zustande gekommen sind. Und das Ganze kam nicht, wie man vielleicht vermuten sollte, aus der linken Ecke, sondern aus einer anderen - ich will das mal ganz neutral ausdrücken. Diese Petition, die an das Abgeordnetenhaus gerichtet worden ist und die wirklich einiger Beachtung wert gewesen wäre, weil sich hier die überwältigende Mehrheit der Mitarbeiter dieser Verwaltung geäußert hat, die wurde sehr schofelig behandelt, die ist dann vom Petitionsausschuß an den Hauptausschuß überwiesen und dort praktisch nicht behandelt worden. Es gab auch eigentlich gar keine Antworten darauf. Im Januar 1985 gibt es ein Schreiben, es sei bei den Haushaltsberatungen mit berücksichtigt worden.

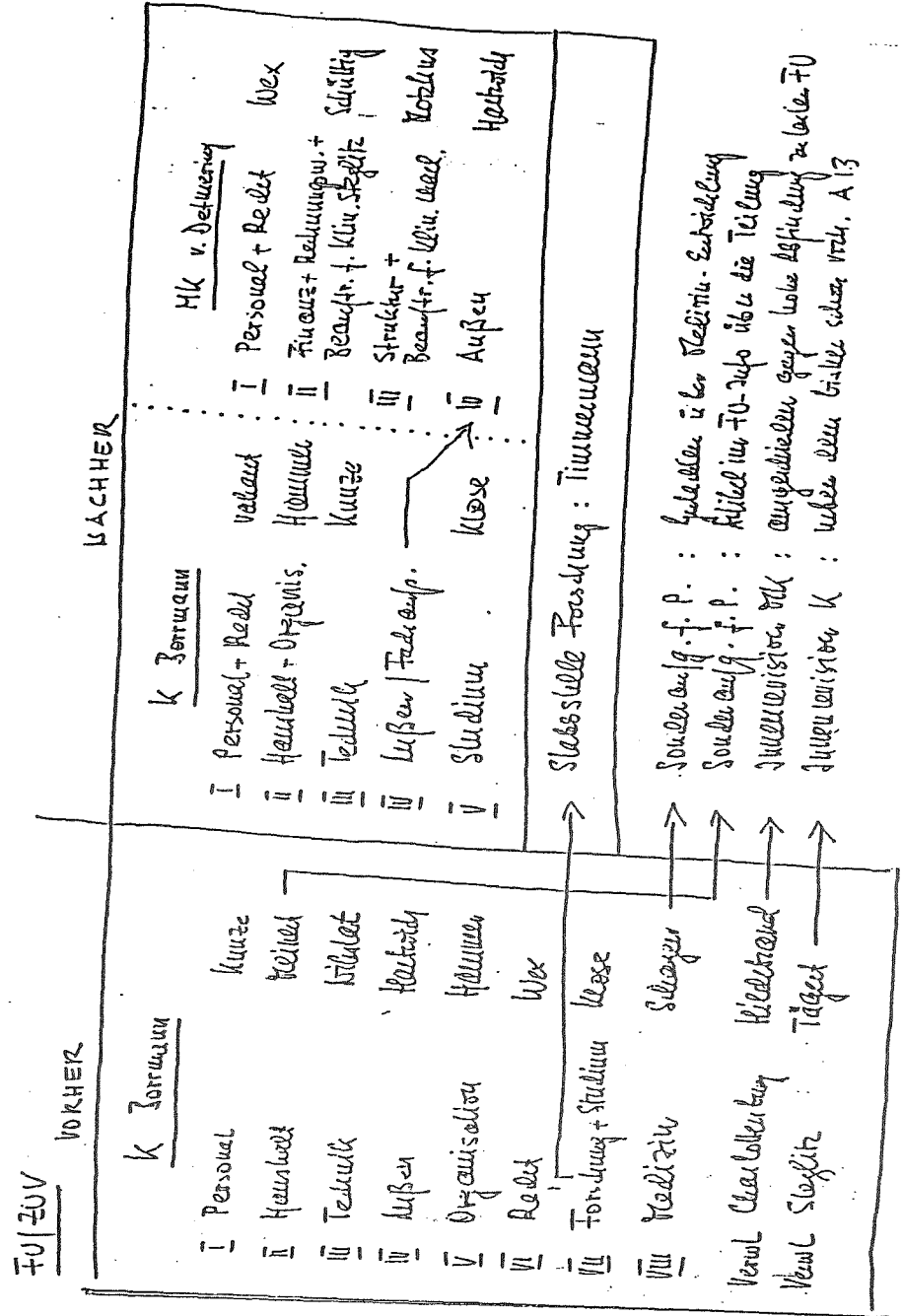
Im Juli 1985 gibt es dann den Kuratoriumsbeschluß über die Teilung. Und ich muß jetzt noch eine Vorbemerkung machen: Jede Umorganisation einer Verwaltung, ob sie gerechtfertigt ist oder nicht, bringt Probleme. Das läßt sich gar nicht vermeiden, daß es Gewinner und Verlierer gibt. Ich rede hier nicht über die Gewinner. Ich rede über die Verlierer, auch wenn es bei den Gewinnern manche Ungerechtigkeiten gegeben haben mag. Und ich muß noch eine Einschränkung machen: Ich rede auch nicht über alle Verlierer. Von der Teilung sind viele betroffen. Und ich habe den Eindruck so nach meinen Telefonaten in der Verwaltung - ich habe so ein bißchen rumtelefoniert, nicht nur deswegen jetzt hier, sondern komischerweise auch aus anderen Gründen, was ich sonst selten getan habe - , und ich war betroffen, wie mir aus allen Ecken, aber überall, ob das ein Sachbearbeiter für studentische Mitarbeiter ist oder weiß der Teufel wer, überall kommt mir die Klage: "Ach, Herr Wesel, was waren das früher noch für schöne Zeiten, nicht wahr!" Da kommt man sich selbst schon so wie ein Opa vor. Sehr viele, eigentlich die gesamte Verwaltung hier, und das sind 750 Mitarbeiter, sind betroffen, unmittelbar oder mittelbar, nicht nur in ihrer dienstlichen Stellung, sondern in ihrer ganzen Arbeit. Das kann ich hier unmöglich darstellen. Schon die oberen Ränge der Geschäftsverteilungspläne nachzuverfolgen, ist für jemanden, der von außen kommt, ziemlich schwer. Ich beschränke mich auf die Abteilungsleiter und einen A 15-Beamten, den einzigen A 15-Beamten, der noch davon betroffen ist. Auf diese zielten im übrigen auch die politischen Vorstellungen derjenigen, die das in Gang gesetzt und durchgeführt haben, die Motive derjenigen, die das zu verantworten haben. An die anderen Mitarbeiter haben die wohl nicht gedacht. Wenn

ich also nicht über alle reden kann, dann meine ich aber doch alle. Alle diese Mitarbeiter einer Verwaltung, die uns, die wir so unmittelbar in der Wissenschaft arbeiten, eigentlich sehr fremd ist, wenn man nicht selbst unmittelbar da einmal im Amt gewesen ist, einer Bürokratie, die in den Fachbereichen selbst manchmal sogar als eine Art Gegenpol, Widerpart, manchmal sogar als Feindliches angesehen wird, an die wir meistens überhaupt nicht denken, wenn wir im Hörsaal stehen oder am Schreibtisch sitzen, in der Bibliothek oder was weiß ich wo. Es war, meine ich, Rolf Kreibichs Verdienst, daß er das Bewußtsein einer Einheit von denen, die hier wissenschaftlich arbeiten, mit denen, die das ermöglichen, daß er dieses Bewußtsein immer wieder - und er ist mir damit, muß ich ehrlich gestehen, auch manchmal auf den Keks gegangen -, daß er mit ungeheurer Hartnäckigkeit dieses Bewußtsein verbreitet hat, dieses notwendige Bewußtsein, das nun immer mehr wieder abhanden kommt, je mehr man die Mitwirkungsrechte auch dieser Mitarbeiter beschneidet. Vielleicht kommen wir da wieder hin. Ich meine, es geht gar nicht anders. Man kann, glaube ich, Wissenschaft in Zukunft gar nicht anders betreiben, als daß man die alle mitbedenkt, die da hinter uns stehen und uns unsere Arbeit ermöglichen.

Ich rede jetzt also über acht Personen, acht Ungerechtigkeiten, besser eigentlich: acht Unmenschlichkeiten. Ich rede über eine Machtübernahme der NoFÜ im Rahmen einer geistig-moralischen Wende. Und ich sage hier ganz offen: Ich klage an! Ich klage an alle diejenigen, die verantwortlich sind für diese Verstöße gegen die Menschlichkeit, mit denen man in ungeheurer Weise Mitarbeiter behandelt hat. Verantwortlich - ich sehe hier nicht so sehr die Perso-

nen, ich sehe mehr die Organisationen, die dahinter stehen, und das ist für mich in erster Linie die Notgemeinschaft, die Liberale Aktion, die CDU und die FDP, die das im Abgeordnetenhaus getragen haben, und dann natürlich auch den Senator und den Präsidenten.

Die Einzelheiten, das ist jetzt die zweite Seite der an Sie verteilten Übersichten, mit 'vorher' und 'nachher'. Die Universitätsverwaltung bestand aus einem Leiter, dem Kanzler Borrmann, und acht Abteilungen: Personal, Haushalt, Technik (Bauabteilung), Außenabteilung (das sind die Außenverhältnisse der Universität, der Kontakt zu anderen Universitäten, die Einladung von Gastdozenten und auch die Kontakte der FU-Mitglieder nach außen, also die Reisekosten werden dort zum größten Teil abgerechnet), Organisation, die Rechtsabteilung, die Abteilung Forschung und Studium und die Abteilung Medizin. Dann habe ich hier noch mit reingenommen, weil das in diesem Zusammenhang auch nicht unwichtig ist und zwei hohe Beamte betrifft, die Verwaltungsleiter des Klinikums Charlottenburg und des Klinikums Steglitz. Die Namen haben Sie rechts daneben. Die Organisation 'nachher': Die Verwaltung ist geteilt. Eigentlich gibt es vorher und nachher acht Abteilungen. In der allgemeinen Universitätsverwaltung fünf oder besser: vier - es ist schwer, hier zu zählen, weil die Außenabteilung sowohl beim Medizin-Kanzler als auch beim Kanzler Borrmann angesiedelt ist. Ich habe das da mit diesem Strich gekennzeichnet. Organisatorisch ist das Außenamt, Herr Hartwich, in erster Linie beim Medizin-Kanzler, von Detmering, angesiedelt, die Fachaufsicht hat weiterhin Kanzler Borrmann. Also, es gibt vier Abteilungen bei Herrn Borrmann, nämlich I "Personal und Recht", II "Haushalt und Organisation", III "Technik", IV "Außen" (mit Einschränkungen), V "Studium". Und dann gibt es noch



bei Herrn von Detmering vier Abteilungen: "Personal und Recht", "Finanz- und Rechnungswesen plus Beauftragter für das Klinikum Steglitz", "Strukturfragen plus Beauftragter für das Klinikum Charlottenburg" und die Außenabteilung. Wobei zunächst nur vorgesehen war, die Abteilungen II als "Finanz- und Rechnungswesen" einzurichten und III als "Strukturabteilung" - das ist praktisch die alte Abteilung VIII. Allerdings gab es dann so ein Hin und Her, die Verwaltungsleiter der Kliniken sollten abgeschafft werden. Dann hat man in den Kliniken protestiert. Man hat gesagt, das ist unmöglich, ihr könnt uns nicht direkt einer Gesamtverwaltung unmittelbar entgegensetzen, wir haben unsere Eigenheiten, wir brauchen eigene Vertreter. Und das hat man dann so gemacht, daß man jeweils den Abteilungsleiter II zum Beauftragten für das Klinikum Steglitz und den von III praktisch zum Verwaltungsleiter von Charlottenburg gemacht hat. Man hat also die Verwaltungsleiterstellen da mit hineingenommen, was auch dienstrechtlich ein Unikum ist, weil hier zwei im Grunde gleichgeordnete Mitarbeiter auch wieder im Unterordnungsverhältnis zueinander stehen. In Bezug auf Finanz- und Rechnungswesen ist also der Abteilungsleiter III dem von II untergeordnet und umgekehrt, für Strukturfragen ist der von II wieder dem III untergeordnet. Das dürfte in der deutschen Verwaltung einmalig sein und erklärt sich nur aus diesem Gezwänge, in das man sich dadurch gebracht hat.

Dann hat es noch erhebliche andere Veränderungen gegeben. Die alte Abteilung VII - Forschung und Studium - ist praktisch halbiert worden. Auch hier hat man - das ist so ähnlich wie in der Senatsverwaltung, also: das, was wichtig ist, nimmt man denen, die man nicht mag - Forschungsplanung

aus der Abteilung V (Jetzige Zählung) herausgenommen. Es ist nur das Studium (ich kürze das so ab) übrig geblieben, während die ganze Forschungsplanung in eine Stabsstelle hineingekommen ist, die schon beim Präsidenten bestand, die Stabsstelle "Forschung".

Nun kommen die Personen, um nicht zu sagen: die persönlichen Tragödien. Es sind nämlich bei weitem nicht alle Leiter hinübergewechselt worden in die neue Organisation. Einmal ist Herr Meinert, der ehemalige Abteilungsleiter II, freigestellt worden, nicht mitübernommen worden. Er hat jetzt - das habe ich da unten so hingeschrieben - Sonderaufgaben für den Präsidenten. Herr Meinert hat einen Artikel im Info geschrieben, zwei Seiten. Mit der Besoldungsgruppe A 16, glaube ich, in mehreren Monaten. Einen Artikel von zwei Seiten. Damit hat er aber mehr getan als Herr Schagen, der ebenfalls aus der Abteilungsleiterfunktion herausgeworfen ist. Herr Schagen hat keine Seite geschrieben. Er hat - das ist ein Hin und Her, auf das ich gleich eingehen werde - den Auftrag, ein Gutachten über die Medizinentwicklung zu schreiben. Die beiden Verwaltungsleiter Charlottenburg und Steglitz sind ebenfalls unangenehme Menschen, wurden also auch nicht - das wäre ja normal gewesen, sie zu Abteilungsleitern II und III zu machen, wenn das schon Beauftragte sind für die Kliniken. Man hat sie rausgeschmissen. Herr Hildebrand wurde zur Innenrevision beim Medizin-Kanzler beordert. Das sind also Angelegenheiten des Rechnungshofes, er muß die Beanstandungen des Rechnungshofes bearbeiten, möglichst auch voraussehen, nehme ich an. Und ebenso ist Herr Tägert in die Innenrevision zum Kanzler gekommen. Da hat es inzwischen von diesen Umsetzungen wieder eine Veränderung gegeben: Herr Hildebrand, der nichts zu tun hat mit Herrn Hildebrandt in der Senatsverwaltung - genausowenig, wie der Senator Franke

was mit dem Bauunternehmer zu tun hat, noch viel weniger -, Herr Hildebrand hat einen Prozeß geführt und gesagt, seine neue Beschäftigung sei der alten in keiner Weise angemessen, in keiner Weise adäquat. Man hat sich vor dem Arbeitsgericht verglichen, was ein ganz eindeutiger Beweis dafür ist, daß diese Umsetzung rechtswidrig war. Er ist gegen eine hohe Abfindung, ich glaube von 110.000 DM oder noch mehr, aus den Diensten der Universität ausgeschieden. Und auch diese 110.000 DM muß natürlich die Universität zahlen. Herr Tägert ist noch beim Kanzler Borrmann und macht dort die Innenrevision. Er hat allerdings auch einen Brief an den Präsidenten geschrieben, er möchte auch mal ein Gutachten schreiben. Ich muß noch eines ergänzen: Herr Meinert hat nicht nur diesen Artikel im Info geschrieben, sondern er ist auch noch befaßt worden mit der Höherbewertung für den Leiter der Pressestelle. Aber das ist, glaube ich, alles.

Ich komme jetzt zu den Einzelheiten. Ich will das mal summieren. Wieviele Ungerechtigkeiten sind hier zu verzeichnen? Die erste ist der Versuch, Herrn Borrmann aus dem Amt zu treiben. Um nichts anderes ging es nämlich bei der Novellierung des Hochschulgesetzes 1982. Der § 74a Abs.4 sollte nach den Vorstellungen des Senators bedeuten: Es gibt zwei neue Stellen, einen Medizin-Kanzler und einen Kanzler für den Restbereich der Universität. Das hat mit dem, was Herr Borrmann tut, nichts zu tun. Also, na ja, er kann sich ja bewerben in einem fairen Verfahren. Aber nach den Vorstellungen des Senators hätte er sicherlich kaum Chancen gehabt. Ich glaube, man ist sogar so weit gegangen, daß man sich überlegt hat, ob man die Kanzler-Stellen nicht überhaupt gesetzlich abschaffen soll. Da aber an der Technischen Universität ein Kanzler existiert, dem man das nicht zumuten will, weil er Mitglied der FDP

ist, war insofern auch Herr Borrmann hier geschützt. Nun, man hat dann eben versucht, diesen Weg zu gehen. Das ist gescheitert, weil der Innensenator protestiert und dienstrechtlich zu Recht darauf aufmerksam gemacht hat, wenn hier schon ein Kanzler ist, daß er sich natürlich auf eine der beiden B 3-Stellen nicht nur bewerben kann, sondern auch einen Anspruch hat auf Übernahme.

Der nächste Plan mit Herrn Borrmann: Die Abschiebung in die Medizin. So beschlossen vom Kuratorium im Juli 1983 mit der Begründung: Die Medizin ist so wichtig, so schwierig, da muß die Kontinuität gewahrt werden, das muß unser guter, alter, erprobter Kanzler machen. Im Mai 1983 hatte der Senator für die Begründung der Kuratoriumsvorlage das tatsächlich so gesagt. Ich zitiere das mal, Seite 4 der Begründung der Kuratoriumsvorlage vom Mai 1983: "Die Schwierigkeit der Aufgabenstellung und die fachspezifischen Probleme der Berliner Universitätsmedizin erfordern ein möglichst hohes Maß an Kontinuität." Ein Jahr vorher, als er noch Hoffnung hatte, Borrmann ganz herausschmeißen zu können, hat er gegen die Kritik zur Einführung des Medizin-Kanzlers am 20. August 1982 im "Tagesspiegel" gesagt: Angesichts der Haushaltsschlaperei in der FU, da ist es nur gut, wenn jetzt ein neuer Mann mit wachen Augen hinzukommt. Das Konzept war ihm dann ja verdorben worden. Erst die Verwaltungsgerichte mußten das verhindern. Die letzte Möglichkeit, auch noch eine Ungerechtigkeit, aber eine, mit der Herr Borrmann leben kann, ist dann jetzt eben der Verlust der Medizin für ihn. Das ist für die Medizin sicher nicht gut, aber die restliche Universität freut sich, daß

Herr Borrmann ihr nun ganz zur Verfügung steht. Die Ungerechtigkeit liegt hier nicht so sehr im Ergebnis als im Ziel. Das Ziel war brutal, sowohl das Ziel 1 als auch das Ziel 2. Die vollständige Beseitigung und die Abschiebung in die Medizin. Und nicht nur ungerecht, sondern eben auch rechtswidrig.

Zweite Ungerechtigkeit: Das ist die Freisetzung von Herrn Meinert. Ich sage auch hier ganz offen: Auch für uns war Herr Meinert, als wir 1969 antraten, ein Problem. Aus ähnlichen oder anderen Gründen, das will ich hier dahingestellt sein lassen. Die Einzelheiten sind nicht wichtig. Aber ich glaube, wir sind keine Sekunde auf die Idee gekommen, mit ihm so umzugehen, wie man es jetzt gemacht hat. Herr Meinert war Abteilungsleiter, ist es geblieben, er war es bisher und ist es jetzt nicht mehr. Und wir hätten die gleiche Möglichkeit gehabt. Auch wir standen vor einer völligen Umorganisation unserer Verwaltung. Und zwar nicht mit einer Teilung, die eine Vermehrung von Stellen ermöglicht hätte, sondern mit der Zusammenlegung der getrennten Verwaltung von Wirtschaftsverwaltung und akademische Verwaltung. Da wäre es ein Leichtes gewesen, ihn da herauszuschließen. Wir sind nicht auf die Idee gekommen. Und ich nenne das, was jetzt mit ihm geschehen ist, eine Ungerechtigkeit.

Dritte Ungerechtigkeit: Herr Schagen. Ein hochqualifizierter Mitarbeiter auch nach Meinung von Kollegen aus der Medizin, die möglicherweise eine andere politische Auffassung haben als ich. Und nichts wäre so selbstverständlich gewesen angesichts seiner Qualifikation, als ihn zum Leiter der Abteilung III zu machen beim Medizin-Kanzler. Da ist seine Abteilung. Die Abteilung III, da

sind 13 seiner 15 früheren Mitarbeiter. Da das im Ergebnis wohl der krasseste Fall ist, werde ich ihn noch etwas ausführlicher beschreiben, um zu zeigen, wie brutal man hier vorgeht.

Der Kuratoriumsbeschluß über die Teilung stammt vom 12. Juli. Am 18. Juli hat Herr Schagen sich auf die Abteilungsleiterstelle III beworben. Dann wurde am 24. Juli geantwortet mit einem Schreiben des Senators für Wissenschaft und Forschung: Er wird ernannt zum Wissenschaftlichen Mitarbeiter am Institut für Soziale Medizin. Man faßt sich an den Kopf! Man kann doch nicht einfach Leute aus der Verwaltung zu Hochschullehrern oder Wissenschaftlichen Mitarbeitern machen. Da muß doch mindestens der Fachbereichsrat ein Wort mitreden. Das haben die dann allerdings auch gemerkt. Deshalb bot man ihm auch an, Leiter des Bereichs Betriebsärzte zu werden. Das ist aber deswegen nicht möglich, weil Herr Schagen keine arbeitsmedizinische Fachausbildung hat. Also hat man noch einen anderen Weg gefunden. Es gibt ein Schreiben vom 11. September. Herr Schagen war inzwischen in Urlaub, kam wieder, findet auf seinem Tisch einen Brief des Senators für Wissenschaft und Forschung. Er soll Wissenschaftlicher Mitarbeiter werden bei den Soziologen. Ich nehme an, in der Sozialen Medizin hatte es einen Aufstand gegeben. Da gibt es nämlich einen Hochschullehrer, der war mal der gleichen politischen Auffassung wie wir 1969, inzwischen hat er sich sehr geändert. Und ich glaube, der hat stark dagegen protestiert, daß man ihm einen solchen qualifizierten Wissenschaftlichen Mitarbeiter vor die Nase setzen würde. Und deswegen hat man gesagt, o.k., also nicht Soziale Medizin, sondern, das ist der Brief vom 11. September - das ist genauso grotesk - , er wird sozusagen ernannt

zum Wissenschaftlichen Mitarbeiter für Gesundheitsanalyse im Institut für Soziologie im Fachbereich Philosophie und Sozialwissenschaften I. Es ist unbeschreiblich! Allerdings, jetzt haben sie es gemerkt, vorbehaltlich der Zustimmung des Fachbereichs. Das war im September. Da sind bekanntlich Ferien. Herr Schagen muß irgendwie beschäftigt werden. Deswegen bekommt er eine Woche später ein Schreiben des Vizepräsidenten Westmeyer. Er soll dieses Gutachten machen über die Entwicklungstendenzen der Hochschulmedizin. Er klagt dagegen vor dem Arbeitsgericht. Jetzt hat man sich geeinigt. Herr Schagen meint, er könne damit leben. Er geht in der Tat in die Wissenschaft, in ein drittes Institut, nämlich für Medizin-Geschichte und wird dort Wissenschaftlicher Mitarbeiter für Zeitgeschichte der Medizin. Die Personalkommission hat schon zugestimmt. Der Fachbereich muß noch zustimmen, das scheint aber sicher zu sein, und er erhält eine gewisse Grundausstattung dort.

Über die Ungeheuerlichkeit der Abschiebung von Verwaltungsbeamten in die Wissenschaft habe ich gesprochen. Daß so etwas quälend ist, wenn es sich über Monate hinzieht, und das ist ja nun schon über ein halbes Jahr, das kann man sich auch vorstellen. Es ist im Grund das gleiche wie die Abschiebung von Herrn Schallock in den Botanischen Garten. Die Wissenschaft eben hier als Botanischer Garten. Das ist es letztlich.

Vierte Ungerechtigkeit und fünfte Ungerechtigkeit sind die Freisetzungen von Herrn Hildebrand und Herrn Tägerl, die an sich zu Abteilungsleitern in der Medizinverwaltung hätten ernannt werden müssen.

Sechste Ungerechtigkeit: Das ist die Umsetzung des ehemaligen Personalchefs Kunze in die Bauabteilung - Abteilung für Technik. Hier gab es in der Tat ein kleines Problem: Man hat zusammengelegt die Abteilung Personal mit der Rechtsabteilung. Das ist nicht unsinnig, das ist allgemein üblich, dagegen ist gar nichts zu sagen. Nur, nachdem der Leiter der Rechtsabteilung ohnehin in die Medizin-Verwaltung gegangen ist (Herr Wex), dort zum Leiter der Abteilung Personal und Recht geworden ist, war es an sich normal und sinnvoll, Herrn Kunze zum Abteilungsleiter I - Personal und Recht - zu machen. Man hat gesagt, das sei nicht möglich, denn er sei ja kein Jurist. Nun denken wir mal kurz nach, mit welcher Begründung der Anglist Busse zum Leiter der Abteilung I gemacht worden ist: Rotation, nicht wahr! Was also für einen Anglisten die Rotation ist, ist für Herrn Kunze die Bauabteilung. Sicherlich hat Herr Kunze als gelernter Verwaltungsbeamter sehr viel mehr juristische Kenntnisse als der hochqualifizierte, aber eben anglistisch vorgebildete Leiter der Abteilung Personal und Recht in der Senatsverwaltung. Und was für eine B 2-Stelle gilt, muß auch für eine Abteilungsleiterstelle in der Universität gelten.

Siebente Ungerechtigkeit ist die Freisetzung von Herrn Klose. Er ist zwar Abteilungsleiter geblieben, man hat ihm aber 50% seiner Aufgaben weggenommen, ohne Begründung. Übrigens, übrigens nicht nur die Hälfte seiner Aufgaben, sondern den eigentlichen Schwerpunkt seiner Interessen, die Forschungsplanung, derentwegen wir ihn Anfang der siebziger Jahre aus Heidelberg nach Berlin geholt haben.

Achte Ungerechtigkeit: Damit komme ich zu einem Mitarbeiter, der nicht Abteilungsleiter war, stellvertretender Abteilungsleiter: Herr Kendler. Er war in der Abteilung VIII bei Herrn Schagen, ein A 15-Beamter, und hat dort behandelt die Medizinangelegenheiten des Krankenhausträgers. Es war das Referat VIII A. Er ist jetzt M I b A. Wenn man etwas von Geschäftsverteilungsplänen versteht, VIII A, und er ist jetzt M I b A, dann ist ganz klar, er ist eine Stufe runtergerutscht. Er ist heruntergestuft worden, und deswegen läuft im Moment auch noch ein Verfahren vor dem Verwaltungsgericht, das er wohl gewinnen kann. Auch Herr Kendler ist unangenehm. Er ist Vertreter der ÖTV im Akademischen Senat. Er hat jetzt das Referat I b A in der Medizinverwaltung, d.h. allgemeine Rechtsangelegenheiten. Er hat bisher Pflegsatzverhandlungen im Umfang von 300 Mio DM getätigt, war Vertreter der FU in den Gremien der Berliner Krankenhäuser - das macht jetzt der Vizepräsident selbst und der Medizin-Kanzler, Herr von Detmering. Nur um Ihnen zu zeigen, welchen Umfang seine Arbeit hatte. Er war einer der entscheidenden Medizin-Planungs-Fachleute geworden, als Jurist, hier im Lande Berlin. Und das wurde unangenehm. Dazu sage ich gleich noch etwas. Das Ganze im übrigen unter einer grotesken Behandlung des Beamtenrechts, denn die Stelle, für die er in Frage kam, die war in der Kuratoriumsvorlage schon mit einem anderen Namen benannt. Die Kuratoriumsvorlage, die das Ganze aufgeteilt hat, die hatte dann noch den zusätzlichen Text: "Die im Organisationsplan ausgewiesenen neuen Positionen werden ausgeschrieben." Ausgeschrieben muß werden. "Sofern im Rahmen der Teilung eine bisher nicht vorhandene Position geschaffen wird, kann sie auch intern ausgeschrieben werden." Aus-

schreibung ist notwendig, man kann sich bewerben, dann findet ein Ausschreibungsverfahren statt. Nun haben die aber auch noch folgendes gemacht, was völlig grotesk ist. Da steht dann weiter: "In Betracht kommen für eine interne Besetzung der Leitungspositionen", und jetzt werden Namen genannt! Was völliger Blödsinn ist. Dann hat Herr Heckelmann noch handschriftlich eingefügt, als man in der Kuratoriumssitzung darauf aufmerksam machte, daß das ja rechtswidrig sei, da hat er dann "u.a." eingefügt, handschriftlich, was genauso rechtswidrig ist, weil das eine Präjudizierung der Besetzung dieser Stellen bedeutet und eine Farce der Ausschreibung.

Noch eine Bemerkung hier zu Herrn Kendler: Es wird nämlich jetzt manches klar. Es ist klar geworden, daß auch hier genauso wie im Großen - ich meine das Gesamtkunstwerk - eine klare Zielsetzung dahintersteckt, besonders nach Ernennung des Abteilungsleiters III beim Medizin-Kanzler, Herr Motzkus, der dort ernannt worden ist, ist nämlich derjenige, der in der Verwaltung des Senators für Gesundheit die Zusammenlegung des Klinikums Charlottenburg mit dem Rudolf-Virchow-Krankenhaus betrieben hat, gegen den Widerstand aus der Universität. Der Widerstand aus der Universität kam von Herrn Hildebrand, Verwaltungsleiter Charlottenburg, von Herrn Tägert, Verwaltungsleiter Steglitz, Herrn Schagen und Herrn Kendler. Diese vier sind heraus, und Herr Motzkus ist jetzt innerhalb der Universität der zuständige Beamte, der das Ganze mitbetreiben kann. Wenn das keine politischen Gründe sind, wenn das nicht ein juristisches Stück aus dem Tollhaus ist, dann habe ich meine beiden juristischen Examen umsonst gemacht.

Ergebnis: Von insgesamt acht leitenden Mitarbeitern - ich lasse jetzt Herrn Kandler und Herrn Tägert und Herrn Hildebrand einmal weg -, Kanzler plus acht Abteilungsleiter (einer der Abteilungsleiter, das war das "Glück", auf deutsch gesagt, daß man Herrn Kunze da in die Bauabteilung stecken konnte, einer ist zu der Zeit des Kuratoriumsbeschlusses, Herr Nikstat, tödlich verunglückt. Es sind also nur diese übrig geblieben, plus Kanzler macht acht, von diesen acht leitenden Mitarbeitern sind nur drei ungeschoren geblieben: Herr Hammer, Herr Wex und Herr Hartwich. Also, die Abteilungen IV, V und VI. Nur die. Drei sind ungeschoren geblieben, und es gibt fünf Opfer: Borrmann, Kunze, Meinert, Klose, Schägen. Ich finde, das ist eine beachtliche Bilanz.

Ich will jetzt noch kurz über die Kosten reden. Was hat das gekostet? Im Kuratoriumsbeschluß und auch schon bei den Beratungen im Abgeordnetenhaus über den § 74a wurde gesagt: Das Ganze muß kostenneutral abgewickelt werden. Ist es auch, aber nur nach außen. Intern sind es zusätzlich 32 Stellen. Natürlich, wenn man eine Verwaltung teilt, geht es gar nicht anders. Ist auch in der Petition schon gesagt worden. Es sind 32 zusätzliche Stellen für die Verwaltung geschaffen worden. Woher? Aus der Wissenschaft und der Krankenpflege. Aus der Wissenschaft z.B. die Stelle für Herrn von Detmering, die Kanzler-Stelle Medizin. Das war vorher eine C 4-Professur. Die hat man umgewandelt in eine Stelle B 3. Und der Rest verteilt sich auf Krankenversorgung und Wissenschaft gemeinsam. Das ist errechnet worden von Kanzler Borrmann: Die Kosten betragen jährlich 1,356 Mio DM.

Jetzt möchte ich das vergleichen mit einer anderen Verwaltungsumstrukturierung, nämlich unserer damals. Auch wir standen vor erheblichen Problemen, auch wir wurden konfrontiert mit einer Verwaltung, die in unserem Geiste nicht erzogen war. Und ich kann hier ganz einfach sagen: Es ist niemand versetzt worden. Nicht nur Herr Meinert nicht, auch andere nicht. Es gab noch einen Fall, in dem aus unserer eigenen Fraktion - sozusagen: aus unserer Notgemeinschaft - gedrückt wurde, nämlich gegen Herrn Hartwich, den Leiter der Abteilung IV, der angeblich ein CIA-Agent gewesen sein soll, weil in unserer Immatrikulationsstelle tatsächlich Beamte aus der amerikanischen Mission ein wenig geblättert hatten und Herr Hartwich für die Abteilung zuständig war. Er sollte übrigens - das waren die Vorstellungen in der Linken Fraktion - abgeschoben werden in die Medizin. Also die Phantasie ist heute auch nicht sehr viel größer. Wohl aber die Brutalität. Wir haben uns geweigert, das zu tun, aus vielen Gründen. Ich habe mit Herrn Hartwich gesprochen, habe mit ihm abgesprochen, daß er mir unmittelbar zugeordnet wird und daß er loyal arbeitet. Er ist mir zugeordnet worden und hat loyal gearbeitet. Ich kann hier, glaube ich, auch sagen - das ist kein Geheimnis, das sagt er auch anderen - er ist CDU-Mitglied. Und wir sind sehr gut miteinander ausgekommen. Es gab dann allerdings doch eine Umsetzung. Das muß ich dazusagen, eine einzige. Die war sehr schmerzhaft. Und Kreibich war auch zu mild dafür. Das habe ich während seines Urlaubs gemacht. Das war - auch mir hat das verdammt wehgetan, das sage ich Ihnen ganz offen. - sehr schwer. Es war eine Dame, die bis dahin Sekretärin des alten Rektors war und die im Vorzimmer dort saß - da drüben. Wir waren ihr nicht vornehm genug,

und es war überhaupt ein wilder Haufen, der da nun plötzlich in dieses Haus gezogen war. Es war ihr sehr unangenehm und uns sehr unangenehm, daß wir nicht fein genug waren, und die Zusammenarbeit war ungeheuer schwierig, zumal sie ständig das Bedürfnis hatte, mit der Notgemeinschaft zu telefonieren. Das war nicht so gut. Außerdem zuckte sie immer zusammen, wenn wir die Türen etwas zu laut - wir hatten es immer eilig, so viele Krisen. Ich habe ihr dann gesagt, wir würden sie in die Personalverwaltung versetzen, und da ist sie dann auch hingegangen. Das war für sie schwer und für mich auch. Und es war der einzige Fall. Ich glaube, jeder wird ihn verstehen.

Im übrigen haben wir das gemacht, was jeder macht, der in einer solchen Situation ist. Wir haben zusätzlich Stellen geschaffen, wir haben Stabsstellen um den Präsidenten herum gebaut. Und da wird uns heute manchmal gesagt, ja, ihr habt es gut gehabt, ihr hattet Geld und konntet Euch neue Stellen schaffen. Das ist ein lächerliches Argument. Mehr als diese 32 Stellen, die jetzt diese Teilung kostet, haben wir auch für unsere Stabsstellen nicht eingerichtet. Das hätte man genauso machen können. Der Unterschied ist, glaube ich, deutlich.

Es hat übrigens mehr gekostet als 1,356 Mio DM. Es hat nämlich den guten Geist einer Verwaltung gekostet, den es gab dank Kanzler Borrmann. Das ist mir jetzt bei meinen Recherchen klargeworden. Er ist - lassen Sie mich das sagen, Herr Borrmann - ein genialer Verwaltungsjurist. Ein hochqualifizierter Jurist, der ohne weiteres in die Wissenschaft hätte gehen können. Er wollte ja auch mal, seine Examen sind viel besser als die der meisten meiner Kollegen, auch

besser als meine. Er hat das dann nicht gemacht, weil er mal irgendwann auf ein verstaubtes Buch gestoßen ist und sich dann gesagt hat, das will ich nicht. Er ist nicht nur ein genialer Verwaltungsjurist, sondern - ja, ich kann das hier nicht anders ausdrücken - er ist auch ein guter Mensch. Er hat einige Unarten, man kann mit ihm in Gleich- und Oberordnung nicht so einfach zusammenarbeiten. Er ist für Gleichgeordnete oder Obergeordnete ein schwieriger Verhandlungspartner. Er hat auch wie alle Verwaltungsbeamten die Art, Kompetenzen an sich zu ziehen. Das zeichnet, glaube ich, die guten Verwaltungsbeamten aus. Aber er ist ein gerechter Jurist. Und das, was er nach oben an Schwierigkeiten macht, das ist nach unten ein wahrer Segen. Er ist ein gerechter Jurist, was etwas Seltenes ist. Er ist vorbildlich im Umgang mit seinen Mitarbeitern, ist kritisch, manchmal ein bißchen trocken, kann auch sogar sehr spitzbüblich sein - das macht eben auch die Schwierigkeiten nach oben -, aber immer juristisch einwandfrei. Das war's. Und dieser Geist, den er dort in seiner Verwaltung hat verbreiten können, der ist jetzt durch diese vielen Umsetzungen zum großen Teil beseitigt. Und wie es wäre, wenn er gar nicht mehr da wäre, können Sie sich vorstellen. So viel zu den Kosten. Daß wir damals Geld gehabt hätten und sie heute nicht, das kann es also nicht sein. Was ist es dann?

Ich komme zum Schluß. Ich glaube, es gibt einen Unterschied. Der Unterschied besteht darin, sie haben kein Konzept, wir hatten eins. Wenn man ein Konzept hat, dann kann man das seiner Verwaltung vorlegen, dann muß die loyal mitarbeiten und dann kann man auch mit einer Verwaltung umgehen, die Schwierigkeiten macht. Wenn man kein

Konzept hat, dann denkt man nur in Personen, dann denkt man nur in Freund/Feind. Carl Schmitt. Das geht ja soweit, daß selbst diese uralten Feindschaften noch wieder aufgewärmt werden von Herrn Kempa mit dem vorbeugenden Staatsingriff. Das ist das alte Denken in "drei Seminare", "Lefèvre". Anders können sie nicht. Das ist ein rein negatives, konzeptionsloses Denken, das sich nur an Personen orientiert und dann eben diejenigen Personen rücksichtslos beseitigt, die vermeintlich im Wege stehen. Wir wollten überzeugen, wir haben versucht zu reden - manchmal haben wir viel zu viel geredet. Kriebich, glaube ich, auch. Sie wollen befehlen. Das ist die geistig-moralische Wende. Das ist der Grund für ihre Härte, um es milde auszudrücken.

Was tun? Ich weiß es nicht. Vielleicht hilft es ja auch ein wenig, wenn man öfter einfach darüber redet. Vielleicht hilft ja auch ein Umdenkungsprozeß, der vielleicht im Moment auch in der Universität einsetzt, weil da jetzt gerade eine materiell unmoralische Wende stattfindet, mit Antes und Lummer und Herrmann und Franke und Pranke und Vetter und - na, den Namen dieses Bordellwirts lasse ich jetzt weg - und Riebschläger. Vielleicht.

Ich will das nicht so persönlich sehen. Ich sehe mehr die Organisation dahinter, und ich versuche, aus der Vergangenheit zu lernen. Es war im Grunde die NofU, die Notgemeinschaft für eine Freie Universität, daran mache ich vieles fest. Auch diese Härte hier im Universitätsbereich, in der Umsetzung. Das ist nicht so sehr Herr Heckelmann, das ist auch nicht so sehr Herr Kewenig, auch nicht der böse Schuster. Die NofU hat 'mal angefangen mit einem Satz von Ernst Fraenkel,

der gesagt hat, der Kampf in der Universität ist verloren, wir müssen ihn außerhalb führen. Ich glaube, das müssen wir auch. Und die, die ich hier heute genannt habe, sind Opfer der Notgemeinschaft, Verfolgte der Notgemeinschaft. Vielleicht sollte man auch für die Zukunft - und es passiert ja einiges im Moment an schlimmen Dingen, nicht nur das, denken Sie nur an den Streik der studentischen Mitarbeiter - , vielleicht sollte man so etwas ähnliches gründen wie eine NofU. Da es hier eine ganze Menge Verfolgte gibt, könne man ja eine Vereinigung der Verfolgten der NofU gründen, und zwar - ich würde das nicht VVN, sondern VVNofU nennen. Gruppenübergreifend, da müßten Sozialdemokraten mit anderen Gruppen zusammenarbeiten, und es müßte ein Büro geben - möglichst ausgestattet mit Mitteln, und jetzt kann ich mir so eine Schote doch nicht verkneifen, das ist ja im Moment hier im Lande anscheinend ganz gut möglich, Geld zu kriegen, vielleicht kann man mal an Herrn Franke schreiben - mit einem Informationsblatt. So haben die auch gearbeitet - nach draußen, auch an die Industrie. Vielleicht würde ich die Staatsanwaltschaft noch mit einschalten, oder die Gewerkschaften noch mit in den Verteiler nehmen. Oberparteilich - vielleicht schafft man es. So schlecht kann doch diese freiheitliche demokratische Grundordnung nicht sein, daß solches Unrecht bestehen bleibt. Insofern bin ich nicht ganz ohne Hoffnung. Blauäugig vielleicht ein wenig, aber nicht ganz ohne Hoffnung. So, wie ich mich angezogen habe, schwarz der Anzug in Trauer, rot der Schlips, wegen der Scham über diese Ungerechtigkeiten, und das blaue Hemd.

Ich danke Ihnen.